

## **Antrag**

**der Abgeordneten Dora Heyenn, Christiane Schneider, Norbert Hackbusch,  
Kersten Artus, Elisabeth Baum, Dr. Joachim Bischoff, Wolfgang Joithe-von  
Krosigk, Mehmet Yildiz (Fraktion DIE LINKE)**

**Haushaltsplan-Entwurf 2009/2010  
Einzelplan 3.3**

**Kapitel: 3720**

**Titel: 686.81**

**Betr.: Grundsicherung der Hamburger Geschichtswerkstätten und Stadtteilarchive ermöglichen**

Die Geschichtswerkstätten und Stadtteilarchive geben Hamburgs Stadtteilen eine kulturelle Identität. Für viele Menschen sind sie zu unverzichtbaren Orten geworden, an denen die eigene Geschichte greifbar aufbereitet und bewahrt wird.

Als außerschulische Lernorte sind sie wichtige Kooperationspartner für die Schulen der Umgebung.

In den 15 geförderten Geschichtswerkstätten Hamburgs arbeiten weniger als zehn in Teilzeit beschäftigte Mitarbeiterinnen sowie über 200 ehrenamtliche Bürger/-innen. Zusammen kümmern sie sich um mehr als 100.000 Fotos zur Alltagsgeschichte der letzten 100 Jahre, um über 200 Meter Textarchiv, mehr als 1.000 Zeitzeugeninterviews, Hunderte von Filmen und Tausende von Plänen, Karten und Büchern. Sie organisieren Rundgänge, Ausstellungen und Veranstaltungen und veröffentlichen Broschüren und Bücher.

Im Laufe der Jahre sind die Arbeitsfelder und Angebote der Geschichtswerkstätten und Stadtteilarchive kontinuierlich gewachsen.

Auch Hamburgs Politik spricht diesen Einrichtungen und ihrer Arbeit regelmäßig große Anerkennung aus.

Leider spiegelt sich dies in der Förderpolitik der letzten Jahre nicht wieder. Seit mehr als 15 Jahren wurde der Etat der Kulturbehörde für die Geschichtswerkstätten nicht erhöht. Im Jahre 2003 hieß es zeitweilig sogar, die Förderung komplett einzustellen. Stattdessen wurde sie ab dem Jahre 2004 um 25 Prozent gekürzt.

Die Folgen für die meisten der Einrichtungen waren Kürzungen bei den Personalausgaben, Entlassungen, Streichungen von Arbeitsstunden, verkürzte Öffnungszeiten, gekappte Projekte, reduzierte Kapazitäten bei der Zusammenarbeit mit Schulen und eingeschränkte Aktivitäten. Eine Reihe von Geschichtswerkstätten steht vor der Frage, wie sie die immer weiter ansteigenden Miet- und Betriebskosten begleichen sollen. Weitere Einsparmöglichkeiten sind kaum noch vorhanden. Entstehende Defizite müssen immer wieder durch die Programm- und Personalmittel gedeckt werden.

Seit Jahren bemühen sich Vertreterinnen der Geschichtswerkstätten und der Stadtteilarchive in Ausschusssitzungen, Anhörungen, Briefen und Petitionen auf ihre Situation aufmerksam zu machen.

Nun endlich soll etwas geschehen.

Eine geplante Evaluation im Bereich Stadtteilkultur soll auch die Geschichtswerkstätten und Stadtteilarchive mit einbeziehen. Da sich das Arbeitsfeld und die Struktur der Geschichtswerkstätten und Stadtteilarchive aber teilweise stark von den Stadtteilkulturzentren unterscheiden, empfiehlt es sich, für beide Bereiche eine separate Evaluation vorzunehmen.

Darüber hinaus ist geplant, die erfreuliche Summe von 1 Million Euro in die „Stiftung Hamburger Geschichtswerkstätten und Stadtteilarchive“ fließen zu lassen.

Ab 2010 sollen die Kapitalerträge der Stiftung den Einrichtungen zur Verfügung stehen. Diese Mittel werden für die Projektarbeit der Geschichtswerkstätten und Stadtteilarchive dringend gebraucht.

Trotzdem kann durch diese geplante Zustiftung nicht ausgeglichen werden, dass eine nachhaltige Grundsicherung der Geschichtswerkstätten und Stadtteilarchive, um das dort Geschaffene und Entstehende zu bewahren, nur durch eine angemessene Erhöhung der institutionellen Förderung gewährleistet werden kann.

### **I Die Bürgerschaft möge beschließen**

1. Die 25-prozentige Kürzung der institutionellen Förderung der Geschichtswerkstätten und Stadtteilarchive aus (Einzelplan 3.3 – Titel: 3720.686.81) dem Jahre 2003 zurückzunehmen und den Förderbetrag in einem ersten Schritt wieder auf den Stand von 2003 anzuheben.
2. Die institutionelle Förderung der Geschichtswerkstätten und Stadtteilarchive zudem mit einem jährlich angepassten Inflationszuschlag ab 2010 abzusichern. Die Deckung erfolgt durch die Maßnahmen zur Sanierung der öffentlichen Finanzen im „Strukturprogramm für Hamburg“, vorgelegt von der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft.

### **II Die Bürgerschaft möge beschließen:**

#### **Der Senat wird beauftragt:**

1. Eine eigenständige Evaluation zur Situation der Hamburger Geschichtswerkstätten und Stadtteilarchive (getrennt von den Stadtteilkulturzentren) durchzuführen.
2. Zu prüfen, inwieweit Mittel anderer Behörden für Projekte der Geschichtswerkstätten und Stadtteilarchive im Bereich „Kinder und Jugendliche“ zur Finanzierung herangezogen werden können.